

**Das Unbehagen wächst**

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 269 vom 18. November 2020

## I N H A L T

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 269 vom 18. November 2020, S. 8, unter dem Titel:

"Das Unbehagen wächst. Die Zustimmung zu den Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie nimmt ab."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Einschränkungen treffen überdurchschnittlich die Jüngeren
	A	2	Besonders Betroffene sehen die Maßnahmen kritischer als im Frühjahr
	A	3	Viele attestieren Willkür bei den Maßnahmen
	A	4	Gerichtliche Überprüfung wird von den meisten befürwortet
	A	5	Krisenmanagement der Bundesregierung
	A	6	Massiver Lockdown bei steigenden Infektionszahlen nötig?
	A	7	Wer für schärfere Maßnahmen ist, fühlt sich in seiner Meinungsfreiheit weniger eingeschränkt
	A	8	Orientierungsprobleme
	A	9	Rückhalt für länderspezifische Regelungen nimmt ab
	A	10	Weitgehende Zufriedenheit auch mit der Arbeit der jeweiligen Landesregierungen
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Gravierende Eingriffe
		2	Ja zur Gewaltenteilung
		3	Große, aber seit Oktober sinkende Zustimmung
		4	Redefreiheit?
		5	Weniger Unterstützung für regionale Steuerung
		6	Ähnlich große Anerkennung auch für das Krisenmanagement der eigenen Landesregierung

**Originalmanuskript**

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

## **Das Unbehagen wächst**

Der derzeitige selektive Lockdown wird von der Mehrheit der Bürger als gravierender Eingriff in das eigene Leben empfunden. 59 Prozent ziehen die Bilanz, dass der Staat zurzeit stark oder sogar sehr stark in ihr Leben eingreift. Das sind weniger als im Frühjahr, als 68 Prozent die Auswirkungen der Maßnahmen auf das eigene Leben als erheblich bewerteten; berücksichtigt man, dass diesmal die Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen wie auch die meisten Einkaufsstätten geöffnet sind, ist der Anteil jedoch bemerkenswert groß. Insbesondere die junge Generation empfindet die Einschränkungen als gravierend, am wenigsten die 60-Jährigen und Älteren, von denen viele auch abseits der aktuellen Krise zurückgezogener leben als die jüngere und mittlere Generation.

Schaubild 1

Tabelle A 1

Diejenigen, die die Eingriffe des Staates als gravierend einstufen, bewerten die Maßnah-

men diesmal kritischer als im Frühjahr. Damals hielt sie die Mehrheit für angemessen, nur jeder Dritte aus diesem Kreis für überzogen. Aktuell halten sich beide Positionen annähernd die Waage.

Tabelle A 2

Es ist nicht nur Ermüdung nach dem Dreivierteljahr, das ganz im Zeichen der Krise stand. Die Mehrheit tut sich auch schwer, die Ratio der Beschlüsse im Einzelnen zu verstehen. Für zwei Drittel macht es teilweise keinen Sinn, was in manchen Bereichen erlaubt und in anderen untersagt wird; entsprechend empfinden sie die Regelungen teilweise als willkürlich und damit nicht nachvollziehbar. Diese Kritik wird quer durch alle politischen Lager von der Mehrheit geäußert und überdurchschnittlich von denjenigen, die sich zurzeit durch die staatlichen Maßnahmen stark eingeschränkt fühlen.

Tabelle A 3

Dies ist nicht als Forderung nach raschen Lockerungen zu interpretieren. Die große Mehrheit trägt die meisten Einschränkungen auch jetzt mit. Aber viele haben Mühe, eine durchgängige Leitlinie zu erkennen, die auf ähnli-

che Sachverhalte auch ähnliche Regelungen angewendet. Entsprechend wird eine Überprüfung der Verhältnismäßigkeit einzelner Einschränkungen durch die Gerichte gutgeheißen. 64 Prozent der Bürger begrüßen es, dass Gerichte die staatlichen Maßnahmen überprüfen, nur 13 Prozent möchten die Gewaltenteilung in der Krisensituation generell aushebeln. Wenn die Überprüfung durch Gerichte streitig gestellt und argumentiert wird, dass dies zur Verunsicherung und einem Vertrauensverlust in Bezug auf das Krisenmanagement der Regierung führt – ein Argument, das in den letzten Wochen öfter vorgebracht wurde –, schließen sich 29 Prozent dieser Position an; die Mehrheit bleibt jedoch bei der Überzeugung, dass es zu jeder Zeit möglich sein muss, auch in der aktuellen Krise, Gerichte anzurufen und eine Überprüfung der Verhältnismäßigkeit von Regierungsmaßnahmen zu verlangen.

Schaubild 2

Tabelle A 4

Trotz aller Irritationen und dem Unverständnis im Detail findet das Krisenmanagement der Regierung nach wie vor bei der großen Mehrheit Anerkennung, wenn auch mit sinkender

Tendenz. 63 Prozent bewerten die Bilanz der Regierung positiv – von einem solchen Rückhalt konnte die Koalition vor der Krise nur träumen. Trotzdem ist nicht zu übersehen, dass die Zustimmung erodiert. Im Frühjahr und Sommer oszillierte die Zustimmungsrates stets in dem engen Korridor zwischen 73 und 78 Prozent. Im Oktober ging sie auf 65 Prozent zurück, in der ersten Novemberhälfte auf 63 Prozent. Gegenläufig nahm der Anteil der Kritiker von 15 auf 28 Prozent zu. Überdurchschnittlich kritisch fällt die Bilanz in Ostdeutschland, in den schwächeren sozialen Schichten und bei denjenigen aus, die sich durch die staatlichen Maßnahmen stark eingeschränkt fühlen.

Schaubild 3

Tabelle A 5

Österreich hat aufgrund seiner im Vergleich zu Deutschland extrem hohen Infektionszahlen einen neuerlichen, nahezu vollständigen Lockdown verhängt, mit ähnlichen Einschränkungen, wie sie im Frühjahr auch in Deutschland ergriffen wurden. Immerhin 45 Prozent der Bürger fürchten, dass auch in Deutschland ein weitgehender Lockdown wie im März/April erfolgt, wenn die Infektionszahlen wei-

Tabelle A 6



ter steigen. 39 Prozent vertreten die Gegenposition und halten solche massiven Einschränkungen auch bei steigenden Infektionszahlen nicht für notwendig, da man seither viel dazu-gelernt hat und gezielter agieren kann. Auch dieser annähernde Gleichstand zeigt, dass sich die Ausgangslage für die Politik deutlich verändert hat und eine breite Akzeptanz nicht mehr in dem Maße gesichert ist wie zu Beginn der Krise.

Interessant ist jedoch, dass die Unterstützer eines härteren Lockdowns im Falle von weiter zunehmenden Infektionen weitaus mehr als die Vertreter der Gegenposition den Eindruck haben, dass sie ihre Meinung frei äußern können. 70 Prozent derjenigen, die eine Verschärfung des Lockdowns bei steigenden Zahlen für notwendig halten, sind überzeugt, dass man seine Meinung zur Situation und dem Regierungshandeln frei äußern kann, dagegen nur 47 Prozent derjenigen, die eine Verschärfung für nicht notwendig halten.

Tabelle A 7

Insgesamt sieht die Mehrheit, 58 Prozent der Bevölkerung, keinen Anlass, mit der eigenen Meinung hinter dem Berg zu halten. 31 Prozent haben dagegen den Eindruck, man müsse

Schaubild 4

mit Kommentaren zur Lage und zum Regierungshandeln vorsichtig sein. Diese Überzeugung ist ausgeprägt schichtgebunden und vor allem in den schwächeren sozialen Schichten weit verbreitet. Bemerkenswert ist, dass die Zuversicht, dass man seine Meinung freimütig äußern kann, seit dem Frühjahr von 65 auf 58 Prozent zurückgegangen ist. Hier spielt sicher auch eine Rolle, dass der Konsens der Bevölkerung im Frühjahr denkbar breit war und entsprechend kontroverse Diskussionen weitaus weniger wahrscheinlich, als dies heute der Fall ist.

Tabelle A 7

Schaubild 4

Was sich seit Sommer auch zumindest teilweise verändert hat, ist das Verständnis für eine regionale Steuerung der Maßnahmen, abhängig vom jeweiligen Infektionsgeschehen in der Region. Im Sommer gab es in dieser Frage einen denkbar breiten Konsens. 71 Prozent der Bürger hielten die Strategie, minimal invasive Einschränkungen von der regionalen Infektionsrate abhängig zu machen, für sinnvoll. Auch jetzt unterstützt die Mehrheit diese Strategie, aber nicht mehr über 70, sondern nur noch 55 Prozent. Der Anteil der Kritiker die-

Schaubild 5

ser Vorgehensweise ist von 19 auf 27 Prozent gewachsen, der Kreis der Verunsicherten von 10 auf 18 Prozent.

Dies hat auch mit Orientierungsschwierigkeiten zu tun, was gerade wo gilt. Zwei Drittel der Bürger haben den Eindruck, dass sie allmählich den Überblick verlieren, welche Maßnahmen und Einschränkungen in ihrer Region gelten. Auch hier klagen überdurchschnittlich die schwächeren sozialen Schichten über Orientierungsprobleme.

Tabelle A 8

Die Unübersichtlichkeit, die natürlich auch durch das zeitliche Verfallsdatum von Freiheitsspielräumen und Einschränkungen befördert wird, durch die in immer kürzeren Abständen wechselnden Beschlüsse, verstärken das Bedürfnis nach einheitlichen Regeln und Beschlüssen. Noch im September unterstützte eine relative Mehrheit von 45 Prozent ein unterschiedliches Vorgehen der verschiedenen Bundesländer. 42 Prozent votierten zu diesem Zeitpunkt für ein bundesweit einheitliches Vorgehen. Diese Position hat an Unterstützung gewonnen, während der Rückhalt für

Tabelle A 9

länderspezifische Regelungen von 45 auf 36 Prozent zurückgegangen ist.

Dabei findet das Krisenmanagement der eigenen Landesregierung ähnlich viel Anerkennung wie das der Bundesregierung. 63 Prozent ziehen eine positive Bilanz für die Politik auf Bundesebene, 60 Prozent für das Krisenmanagement der eigenen Landesregierung. Ost und West unterscheiden sich in dieser Bewertung nur marginal wie auch politisch interessierte und weniger interessierte Bevölkerungskreise.

Schaubild 3

Schaubild 6

Tabelle A 10

Damit geht der sinkende Rückhalt für landesspezifische Lösungen nicht auf wachsende Kritik am konkreten Handeln der Landesregierungen zurück, sondern in erster Linie auf das weit verbreitete Gefühl einer großen Unübersichtlichkeit. Aber die föderalen Strukturen sind in den letzten Monaten auch immer wieder kritisiert und als "Flickenteppich" abgewertet worden. Blickt man über die Grenzen hinaus auf Nachbarländer, die wesentlich stärker zentralistisch organisiert sind wie Frankreich oder Großbritannien, so spricht eigentlich wenig für die Überlegenheit zentralistischer Systeme – in der Krise wie außerhalb. Der Föderalismus hat sicher Schwachstellen;

aber er bewahrt Deutschland weitaus besser davor, regional unterschiedliche Bedingungen und Befindlichkeiten zu übersehen. Die Klagen aus den französischen Departements fern ab von Paris über die unzureichende Berücksichtigung ihrer spezifischen Situation zeigen diese Schwachstelle zentralistischer Staaten.

Eine fruchtbare Kooperation von Ländern und Bundesebene, die auch von den Bürgern so erlebt wird, setzt klare und transparente Leitlinien voraus, was am besten zentral und was auf Landes- oder sogar regionaler Ebene entschieden und gesteuert werden kann. Diese Klarheit fehlt, auf nationaler wie auf europäischer Ebene, denn auch die EU ist ein föderales System, bleibt aber eine systematische Analyse und Diskussion schuldig, was am besten europäisch und was national zu regeln ist. Klar und nachvollziehbar organisiert und kommuniziert, haben föderale Systeme neben ihrer Bürgernähe und besseren Kenntnis regionaler Besonderheiten großes Potential für Vertrauensbildung und Stabilisierung.

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1286
Befragungszeitraum:	1.11. bis 11.11.2020
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

## **Anhangtabellen**

Einschränkungen treffen überdurchschnittlich die Jüngeren

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was würden Sie sagen: Wie stark greift der Staat derzeit in Ihr persönliches Leben ein? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt		Altersgruppen			
	Mai 2020 %	November 2020 %	16-29 %	30-44 %	45-59 %	60 Jahre u.ä. %
"sehr stark" .....	24	20	31	22	19	13
"stark" .....	44	39	40	39	45	35
"weniger stark" .....	20	30	23	29	24	38
"kaum bzw. gar nicht" ..	9	9	4	8	8	13
Unentschieden.....	3	2	2	2	4	1
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025, November 2020



Besonders Betroffene sehen die Maßnahmen kritischer als im Frühjahr

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was würden Sie sagen: Wie stark greift der Staat derzeit in Ihr persönliches Leben ein? Würden Sie sagen ..."

Falls: "sehr stark" oder "stark":

FRAGE: "Und greift der Staat Ihrer Meinung nach zu stark in Ihr Leben ein, oder ist das in der jetzigen Situation angemessen?"

	Bevölkerung insgesamt	
	Mai 2020	November 2020
	%	%
"sehr stark" .....	24	20
"stark" .....	44	39
Zu stark .....	23	26
Angemessen .....	37	26
Unterschieden .....	8	7
"weniger stark" .....	20	30
"kaum bzw. gar nicht" .....	9	9
Unentschieden .....	3	2
	<hr/>	<hr/>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 8239 (tel.), 12025

Viele attestieren Willkür bei den  
Maßnahmen

Tabelle A 3  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Jemand sagte neulich über die aktuellen Corona-Regelungen: 'Wenn ich mir anschau, was in manchen Bereichen erlaubt ist und was in anderen Bereichen verboten ist, dann macht es für mich oft keinen Sinn. Die Regelungen wirken auf mich oft willkürlich und nicht nachvollziehbar.'

Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

Bev. insg.  %	Anhänger der						Staat schränkt persönl. Leben (sehr) stark ein  %
	----- CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	AfD %	
Sehe ich auch so ..66	52	75	75	65	82	99	74
Sehe ich nicht so...19	26	15	9	18	16	1	15
Unentschieden .....15	22	10	16	17	2	x	11
<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
100	100	100	100	100	100	100	100

x=unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025, November 2020

Gerichtliche Überprüfung wird von den  
meisten befürwortet

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Mehrere Gerichte haben entschieden, dass das sogenannte Beherbungsverbot, also dass Reisende aus Risikogebieten in bestimmten Bundesländern nicht beherbergt werden dürfen, nicht zulässig ist. Darüber unterhalten sich hier zwei. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
"Ich finde es gut, dass die Gerichte in einigen Bundesländern das Beherbergungsverbot überprüft und entschieden haben, dass es nicht verhältnismässig ist. Genau das ist die Aufgabe der Gerichte, nämlich zu überprüfen, wieweit Regierungshandeln zulässig ist." .....	56
"Das sehe ich anders. Ich finde es schädlich, wenn Gerichte Maßnahmen, die die Regierung zur Bekämpfung der Krise beschlossen hat, widerrufen. Das verunsichert die Leute und untergräbt das Vertrauen in die Regierung .....	29
Unentschieden .....	15
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025, November 2020

Krisenmanagement der Bundesregierung

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie bewerten Sie speziell die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise? Würden Sie sagen, die Bundesregierung leistet hier ..."

	Bev. insg.  %	Ost- deutsch- land  %	Sozioökonomischer Status			Staat schränkt persönliches Leben (sehr) stark ein  %
			niedrig	mittel	hoch	
"sehr gute Arbeit" .....	12	7	9.....12.....15			10
"gute Arbeit" .....	51	45	47.....52.....51			42
"weniger gute Arbeit" .....	19	24	25.....17.....19			26
"gar keine gute Arbeit" .....	9	13	9.....10.....7			13
Unentschieden .....	9	11	10.....9.....8			9
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u> <u>100</u> <u>100</u>			<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025, November 2020

Massiver Lockdown bei steigenden  
Infektionszahlen nötig?

Tabelle A 6  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn die Infektionszahlen in Deutschland weiter steigen: Glauben Sie, dass es dann notwendig ist, das öffentliche Leben und die Wirtschaft bundesweit noch einmal so stark einzuschränken wie im Frühjahr, oder hat man aus den Erfahrungen des Frühjahrs so viel gelernt, dass man solche massiven Einschränkungen nicht braucht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Bundesweite Einschränkungen notwendig.....	45
Braucht solche Einschränkungen nicht .....	39
Unentschieden.....	16
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025, November 2020

Wer für schärfere Maßnahmen ist, fühlt sich in seiner Meinungsfreiheit weniger eingeschränkt

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Haben Sie den Eindruck, dass man in der jetzigen Situation frei seine Meinung sagen kann, wie man über die Situation und die politischen Maßnahmen denkt, oder muss man da vorsichtig sein?"

	Bev. insg.  %	Sozioökonomischer Status			Bundesweite Einschränkungen	
		niedrig	mittel	hoch	notwendig	nicht not- wendig
Kann frei seine Meinung sagen .....	58	45	57	72	70	47
Muss vorsichtig sein .....	31	40	32	20	21	44
Unentschieden.....	11	15	11	8	9	9
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025, November 2020

Orientierungsprobleme

Tabelle A 8  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand: 'Man verliert allmählich den Überblick darüber, welche Maßnahmen und Einschränkungen in der eigenen Region gelten und was verboten oder erlaubt ist.' Geht Ihnen das auch so, oder geht Ihnen das nicht so?"

	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
		niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%
Geht mir auch so .....	67	74.....	66.....	59
Geht mir nicht so.....	26	18.....	28.....	32
Unentschieden.....	7	8.....	6.....	9
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025, November 2020

Rückhalt für länderspezifische Regelungen  
nimmt ab

Tabelle A 9  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Corona-Infektionszahlen unterscheiden sich ja in den verschiedenen Bundesländern zum Teil deutlich voneinander, und die Bundesländer haben unterschiedliche Strategien und Regeln, mit dem Infektionsgeschehen umzugehen. Finden Sie es richtig, dass die Bundesländer hier unterschiedliche Strategien verfolgen, oder sollte die Bekämpfung der Pandemie bundesweit mit einer einheitlichen Strategie und einheitlichen Regeln erfolgen?"

	Bevölkerung insgesamt	
	Sept. 2020 %	Nov. 2020 %
Finde es richtig .....	45	36
Einheitliche Regeln .....	42	47
Unentschieden .....	13	17
	<hr/>	<hr/>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12023, 12025



Weitgehende Zufriedenheit auch mit der Arbeit der jeweiligen Landesregierungen

Tabelle A 10  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Viele Corona-Regeln werden ja von den einzelnen Bundesländern getroffen. Wie bewerten Sie die Arbeit, die die Landesregierungen Ihres Bundeslandes bei der Bekämpfung der Corona-Krise leistet? Leistet Ihre Landesregierung da ..."

	Bevölkerung			Politisch -	
	insg. %	West %	Ost %	interessiert %	nicht interessiert %
(Sehr) gute Arbeit .....	60	59	62	61	58
Weniger gute Arbeit .....	24	24	23	25	24
Gar keine gute Arbeit .....	8	8	8	9	7
Weiß nicht, kann ich nicht beurteilen .....	8	9	7	5	11
	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$	$\overline{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025, November 2020

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
<b>Bundestagswahl</b>							
27.9.2009 .....	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
<b>Bundestagswahl</b>							
22.9.2013 .....	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
<b>Bundestagswahl</b>							
24.9.2017 .....	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: 9. - 22. Januar	28,5	8,0	14,0	23,5	8,0	13,0	5,0
1. - 12. Februar	27,5	8,0	14,5	23,0	9,5	13,0	4,5
5. - 18. März	29,0	7,0	16,5	23,0	8,0	11,5	5,0
1. - 15. April	38,0	6,0	16,0	19,0	7,0	9,0	5,0
6. - 14. Mai	38,0	5,5	15,5	19,0	7,0	9,0	6,0
1. - 13. Juni	40,0	4,5	16,0	18,5	7,0	9,5	4,5
3. - 16. Juli	38,0	5,5	15,5	20,0	7,5	9,0	4,5
5. - 18. August	38,0	5,5	17,0	19,0	7,0	9,0	4,5
4. - 16. September	37,0	6,0	17,0	19,5	7,0	9,0	4,5
7. - 20. Oktober	35,5	6,0	17,0	20,0	7,0	10,0	4,5
1. - 11. November	37,0	6,5	17,0	18,0	7,5	9,5	4,5

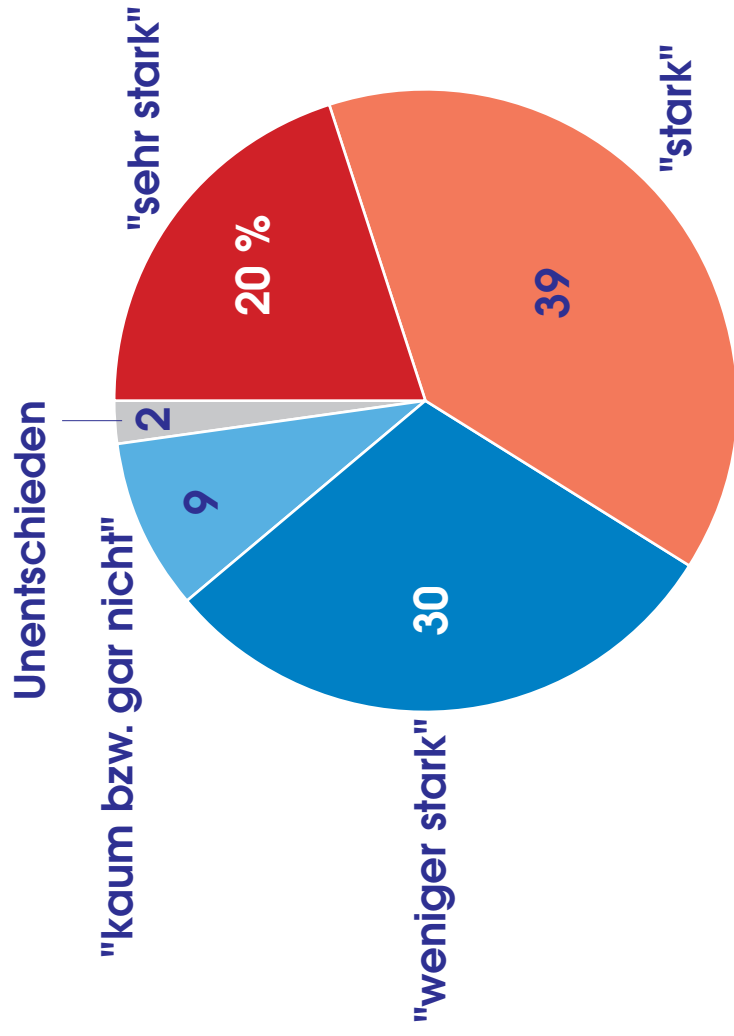
Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.286 Personen

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12025

## **Schaubilder**

# Gravierende Eingriffe

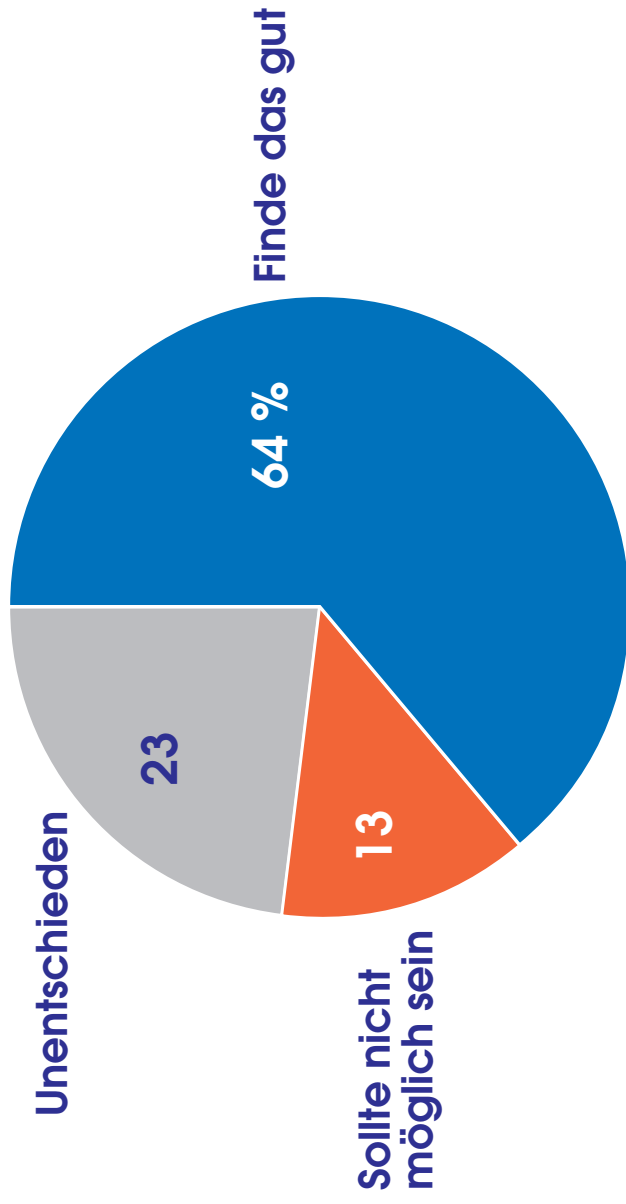
Frage: "Was würden Sie sagen: Wie stark greift der Staat derzeit in Ihr persönliches Leben ein?  
Würden Sie sagen ..."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

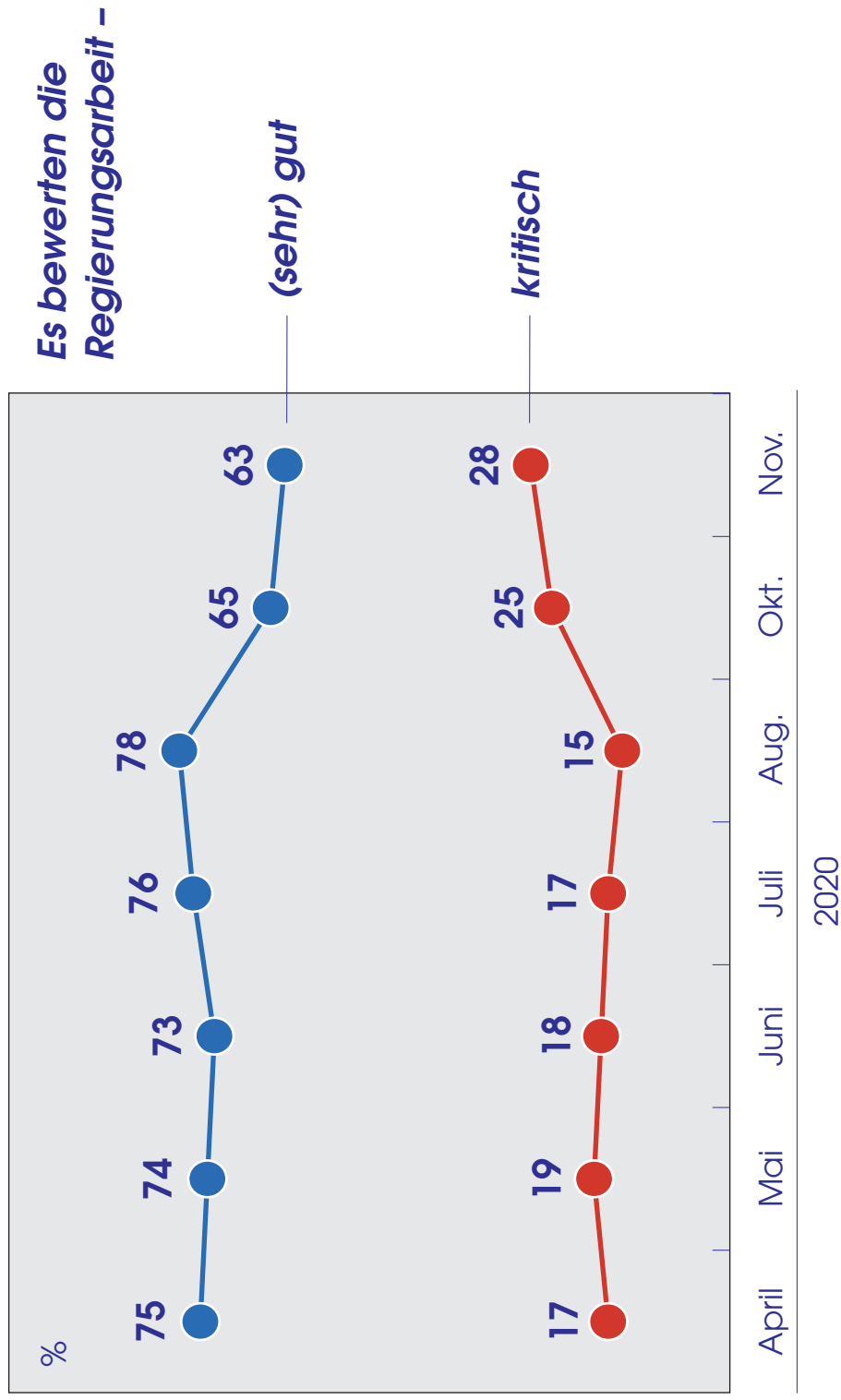
# Ja zur Gewaltenteilung

Frage: "In letzter Zeit sind mehrmals Gerichte angerufen worden, um zu überprüfen, ob bestimmte Einschränkungen zulässig sind oder nicht. Finden Sie es gut, dass die Gerichte die Corona-Einschränkungen überprüfen, oder sollte das in dieser Not-situation nicht möglich sein?"



# Große, aber seit Oktober sinkende Zustimmung

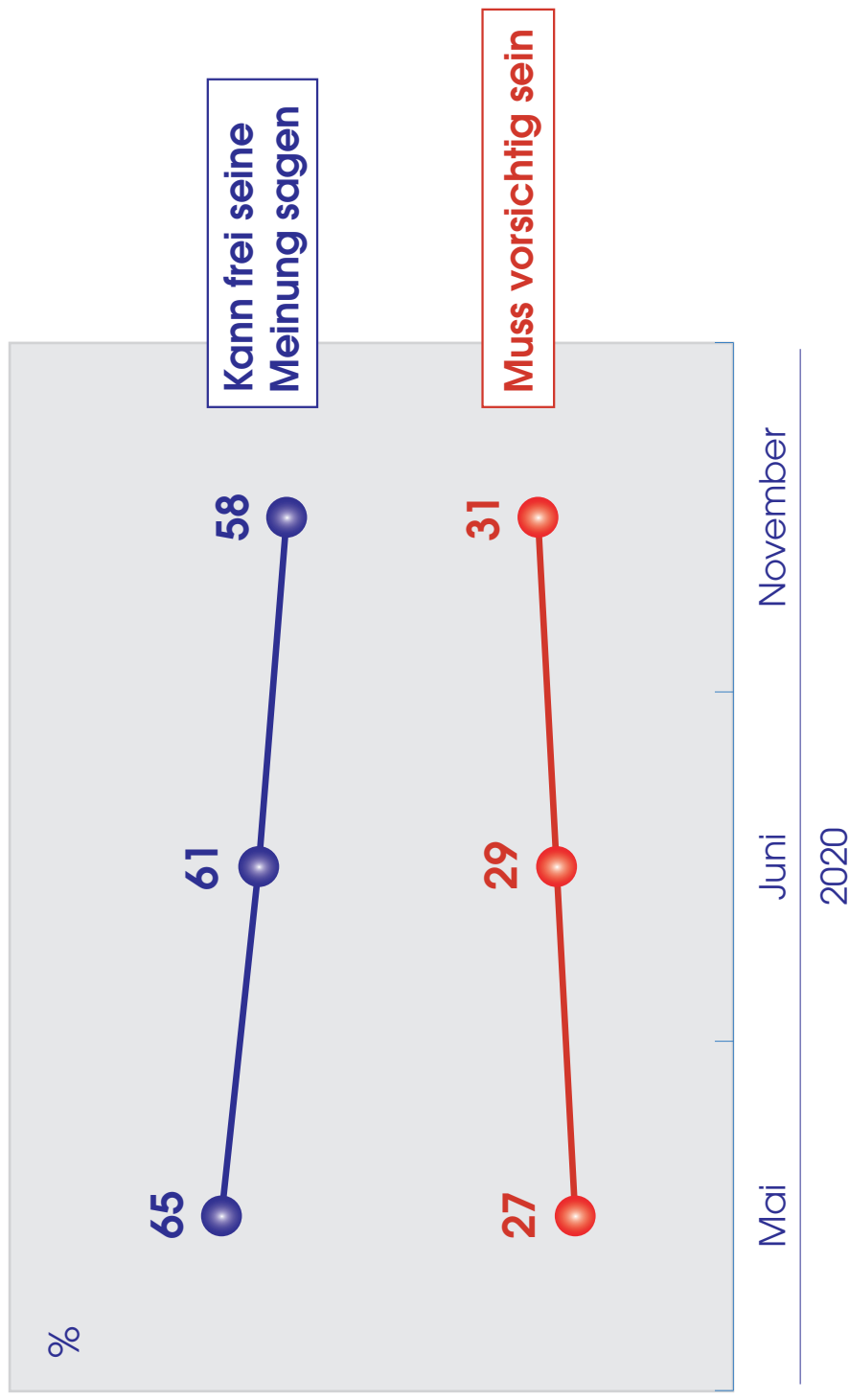
Frage: "Wie bewerten Sie die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12025

# Redefreiheit?

Frage: "Haben Sie den Eindruck, dass man in der jetzigen Situation frei seine Meinung sagen kann, wie man über die Situation und die politischen Maßnahmen denkt, oder muss man da vorsichtig sein?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 8239, 12018 und 12025

# Weniger Unterstützung für regionale Steuerung

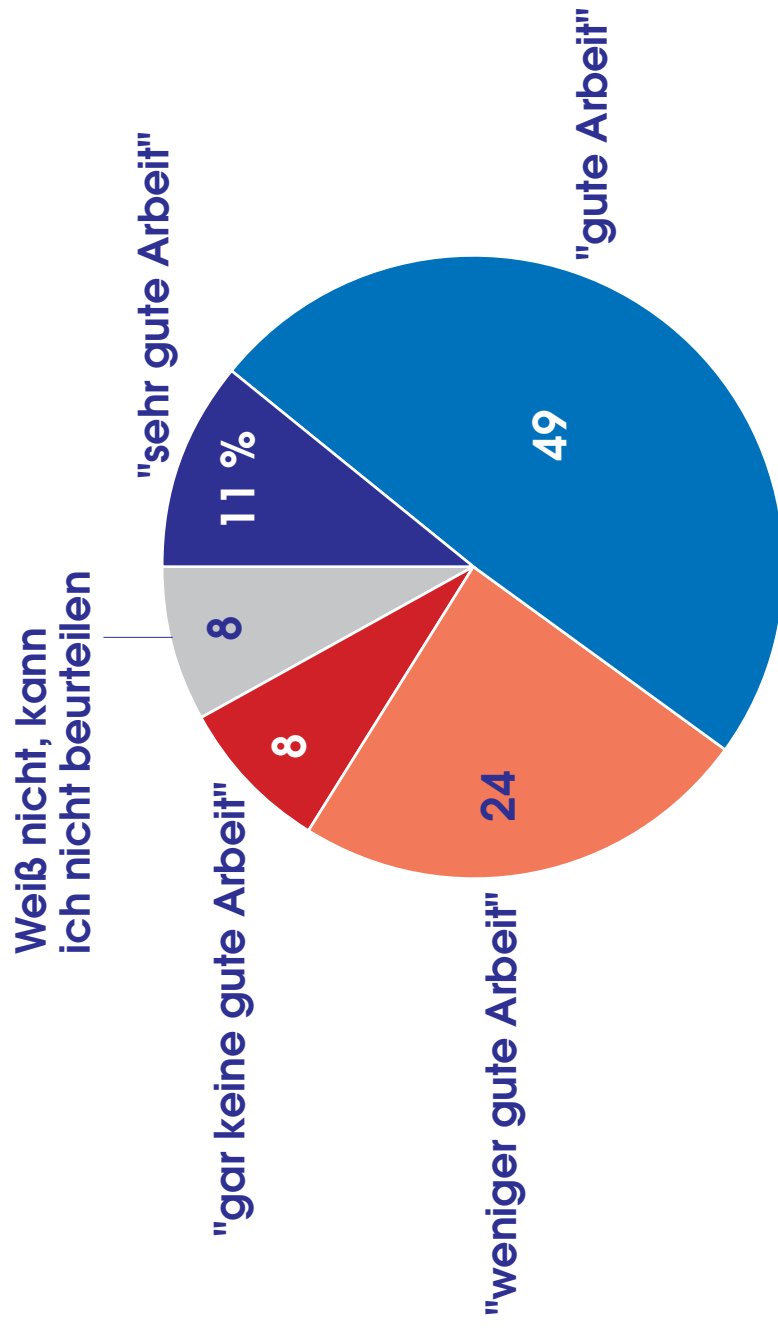
Frage: "Die Corona-Einschränkungen unterscheiden sich in Deutschland ja nicht nur von Bundesland zu Bundesland, sondern zum Teil auch von Landkreis zu Landkreis, abhängig von den Infiziertenzahlen. Finden Sie es alles in allem sinnvoll, dass man bei den Einschränkungen regional unterschiedliche Regelungen hat, je nachdem, wie sich das Infektionsgeschehen entwickelt, oder finden Sie das nicht sinnvoll?"

	2020	
	Juli	November
	%	%
<b>Sinnvoll</b>	<b>71</b>	<b>55</b>
<b>Nicht sinnvoll</b>	<b>19</b>	<b>27</b>
<b>Unentschieden</b>	<b>10</b>	<b>18</b>
	100	100



# Ähnlich große Anerkennung für das Krisenmanagement der eigenen Landesregierung

Frage: "Viele Corona-Regeln werden ja von den einzelnen Bundesländern getroffen. Wie bewerten Sie die Arbeit, die die Landesregierung Ihres Bundeslandes bei der Bekämpfung der Corona-Krise leistet? Leistet Ihre Landesregierung da ..."



Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 269  
vom 18. November 2020, S. 8, unter dem Titel:

"Das Unbehagen wächst. Die Zustimmung zu den  
Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie  
nimmt ab."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

## Das Unbehagen wächst

**D**er derzeitige selektive Lockdown wird von der Mehrheit der Bürger als gravierender Eingriff in das eigene Leben empfunden. 59 Prozent meinen, dass der Staat zurzeit stark oder sogar sehr stark in ihr Leben eingreift. Das sind zwar weniger als im Frühjahr, als 68 Prozent die Auswirkungen der Maßnahmen auf das eigene Leben als erheblich bewerteten; berücksichtigt man aber, dass dieses Mal die Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie auch die meisten Geschäfte geöffnet sind, ist der Anteil bemerkenswert groß. Insbesondere die junge Generation empfindet die Einschränkungen als gravierend; am wenigsten ist das bei der Altersgruppe über 60 der Fall, in der viele unabhängig von der aktuellen Krise zurückgezogener leben als Menschen aus der jungen und mittleren Generation.

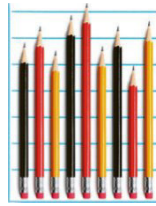
Diejenigen, die die Eingriffe des Staates als gravierend einstufen, bewerten die Maßnahmen diesmal kritischer als im Frühjahr. Damals hielt die Mehrheit von ihnen sie für angemessen; nur jeder Dritte aus diesem Kreis sah sie als überzogen an. Derzeit halten sich beide Positionen annähernd die Waage.

Es ist nicht nur Ermüdung nach dem Dreivierteljahr, das ganz im Zeichen der Krise stand. Die Mehrheit tut sich auch schwer, die Ratio der Beschlüsse im Einzelnen zu verstehen. Für zwei Drittel ergibt es teilweise keinen Sinn, was in manchen Bereichen erlaubt ist und in anderen untersagt wird; entsprechend empfinden sie die Regelungen teilweise als willkürlich und damit nicht nachvollziehbar. Diese Kritik wird quer durch alle politischen Lager von der Mehrheit geäußert. Überdurchschnittlich ist sie unter denjenigen, die sich durch die derzeitigen Maßnahmen stark eingeschränkt fühlen.

Dies ist nicht als Forderung nach raschen Lockerungen zu interpretieren. Die große Mehrheit trägt die meisten Einschränkungen auch jetzt mit. Aber viele haben Mühe, eine durchgängige Leitlinie zu erkennen, die auf ähnliche Sachverhalte auch ähnliche Regelungen anwendet. Entsprechend wird eine Überprüfung der Verhältnismäßigkeit einzelner Einschränkungen durch die Gerichte gutgeheißen. 64 Prozent der Bürger begrüßen es, dass Gerichte die staatlichen Maßnahmen überprüfen, nur 13 Prozent möchten die Gewaltenteilung in der Krisensituation generell aushebeln. Wenn die Überprüfung durch Gerichte streng gestellt und argumentiert wird, dass dies zur Verunsicherung und einem Vertrauensverlust in Bezug auf das Krisenmanagement der Regierung führt – ein Argument, das in den letzten Wochen öfter vorgebracht wurde –, schließen sich 29 Prozent dieser Position an; die Mehrheit bleibt jedoch bei der Überzeugung, dass es zu jeder Zeit möglich sein muss, auch in der aktuellen Krise, Gerichte anzurufen und eine Überprüfung der Verhältnismäßigkeit von Regierungsmaßnahmen zu verlangen.

Trotz aller Irritationen und des Unverständnisses im Detail findet das Krisenmanagement der Regierung nach wie vor bei der großen Mehrheit Anerkennung, wenn auch mit sinkender Tendenz. 63 Prozent bewerten die Bilanz der Regierung positiv – von einem solchen Rückhalt konnte die Koalition vor der Krise nur träumen. Trotzdem ist nicht zu übersehen, dass die Zustimmung erodiert. Im Frühjahr und Sommer oszillierte die Zustimmungsrates stets in dem engen Korridor zwischen 73 und 78 Prozent. Im Oktober ging sie auf 65 Prozent zurück, in der ersten Novemberhälfte auf 63 Prozent. Der Anteil der Kritiker ist von 15 auf 28 Prozent gewachsen. Überdurchschnittlich kritisch fällt die Bilanz in Ostdeutschland, in den schwächeren sozialen Schichten und bei denjenigen aus, die sich durch die staatlichen Maßnahmen stark eingeschränkt fühlen.

Osterreich hat aufgrund seiner im Vergleich zu Deutschland hohen Infektionszahlen einen neuerlichen, nahezu vollständigen Lockdown verhängt, mit ähnlichen Einschränkungen, wie sie im Frühjahr auch in Deutschland ergriffen wurden. Immerhin 45 Prozent der Bürger fürchten,



Die Zustimmung zu den Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie nimmt ab.

Prof. Dr. Renate Köcher  
Institut für Demoskopie  
Allensbach

dass auch in Deutschland ein weitgehender Lockdown wie im März/April folgt, wenn die Infektionszahlen weiter steigen. 39 Prozent vertreten die Gegenposition und halten solche massiven Einschränkungen auch bei steigenden Infektionszahlen nicht für notwendig, da man seither viel dazugelernt habe und gezielter agieren könne. Auch dieser annähernde Gleichstand zeigt, dass sich die Ausgangslage für die Politik deutlich verändert hat. Eine breite Akzeptanz ist nicht mehr in dem Maße sicher wie zu Beginn der Krise.

Interessant ist, dass die Unterstützer eines härteren Lockdowns im Falle weiter wachsender Infektionszahlen weitaus mehr als die Vertreter der Gegenposition den Eindruck haben, dass sie ihre Meinung frei äußern können. 70 Prozent derjenigen, die eine Verschärfung des Lockdowns bei steigenden Zahlen für notwendig halten, sind überzeugt, dass man seine Meinung zur Situation und dem Regierungshandeln frei äußern kann, dagegen nur 47 Prozent derjenigen, die eine Verschärfung für nicht notwendig halten.

Insgesamt sieht die Mehrheit, 58 Prozent der Bevölkerung, keinen Anlass, mit der eigenen Meinung hinter dem Berg zu

halten. 31 Prozent haben dagegen den Eindruck, man müsse mit Kommentaren zur Lage und zum Regierungshandeln vorsichtig sein. Diese Überzeugung ist ausgeprägt schichtgebunden und vor allem in den schwächeren sozialen Schichten weit verbreitet. Bemerkenswert ist, dass die Zuversicht, dass man seine Meinung freimütig äußern kann, seit dem Frühjahr von 65 auf 58 Prozent zurückgegangen ist. Hier spielt sicher auch eine Rolle, dass der Konsens der Bevölkerung im Frühjahr sehr breit war und entsprechend kontroverse Diskussionen weitaus weniger wahrscheinlich waren, als dies heute der Fall ist.

Was sich seit Sommer zumindest teilweise verändert hat, ist das Verständnis für eine regionale Steuerung der Maßnahmen, abhängig vom jeweiligen Infektionsgeschehen in der Region. Im Sommer gab es in dieser Frage einen breiten Konsens. 71 Prozent der Bürger hielten die Strategie, Einschränkungen von der regionalen Infektionsrate abhängig zu machen, für sinnvoll. Auch jetzt unterstützt die Mehrheit diese Strategie, aber es sind nur noch 55 Prozent. Der Anteil der Kritiker dieser Vorgehensweise ist von 19 auf 27 Prozent

wachsen, der Kreis der Verunsicherten von zehn auf 18 Prozent.

Dies hat auch mit der Schwierigkeit zu tun, sich darüber zu orientieren, was gerade wo gilt. Zwei Drittel der Bürger haben den Eindruck, dass sie allmählich den Überblick verlieren, welche Maßnahmen und Einschränkungen in ihrer Region gelten. Auch hier klagen überdurchschnittlich Menschen aus den schwächeren sozialen Schichten über Orientierungsprobleme.

Die Unübersichtlichkeit durch die in immer kürzeren Abständen wechselnden Beschlüsse verstärkt das Bedürfnis nach einheitlichen Regeln und Beschlüssen. Noch im September unterstützte eine relative Mehrheit von 45 Prozent ein unterschiedliches Vorgehen der verschiedenen Bundesländer. 42 Prozent votierten zu diesem Zeitpunkt für ein bundesweit einheitliches Vorgehen. Diese Position hat an Unterstützung gewonnen, während der Rückhalt für länderspezifische Regelungen von 45 auf 36 Prozent zurückgegangen ist.

Dabei findet das Krisenmanagement der eigenen Landesregierung ähnlich viel Anerkennung wie das der Bundesregierung. 63 Prozent ziehen eine positive Bilanz für die Politik auf Bundesebene, 60 Prozent für das Krisenmanagement der eigenen Landesregierung. Ost und West wie auch politisch interessierte und weniger interessierte Bevölkerungskreise unterscheiden sich in dieser Bewertung nur marginal.

**D**amit geht der sinkende Rückhalt für landesspezifische Lösungen nicht auf wachsende Kritik am konkreten Handeln der Landesregierungen zurück, sondern in erster Linie auf das weitverbreitete Gefühl einer großen Unübersichtlichkeit. Aber die föderalen Strukturen sind in den letzten Monaten auch immer wieder kritisiert und als „Flickenteppich“ abgewertet worden. Blickt man über die Grenzen hinaus auf Nachbarländer, die wesentlich stärker zentralistisch organisiert sind wie Frankreich oder Großbritannien, so spricht eigentlich wenig für die Überlegenheit zentralistischer Systeme. Die Klagen aus den französischen Departements fernab von Paris über die unzureichende Berücksichtigung ihrer spezifischen Situation zeigen die Schwachstelle zentralistischer Staaten.

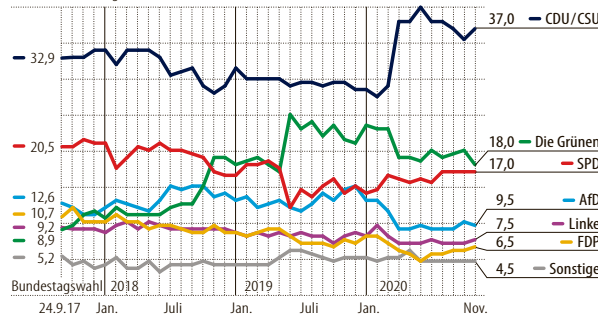
Eine fruchtbare Kooperation von Ländern und Bundesebene, die auch von den Bürgern so erlebt wird, setzt klare und transparente Leitlinien voraus, was am besten zentral und was auf Landes- oder sogar regionaler Ebene entschieden und gesteuert werden kann. Diese Klarheit fehlt, auf nationaler wie auf europäischer Ebene, denn auch die EU ist ein föderales System, bleibt aber eine systematische Analyse und Diskussion schuldig, was am besten europäisch und was national zu regeln ist. Klar und nachvollziehbar organisiert und kommuniziert, haben föderale Systeme neben ihrer Bürgernähe und besseren Kenntnis regionaler Besonderheiten großes Potential für Vertrauensbildung und Stabilisierung.

In Deutschland ist jedoch seit langem über die Vor- und Nachteile föderaler und zentralistischer Strukturen kaum debattiert worden. In der Bevölkerung war der überzeugte Rückhalt für das föderale System vor 15 oder 20 Jahren wesentlich größer als heute. Immer weniger sehen die Menschen für sich unmittelbare Vorteile dieses Systems. In den neunziger Jahren waren noch 42 Prozent überzeugt, persönlich vom Föderalismus zu profitieren, gut zehn Jahre später waren es 33 Prozent, heute sind es 20 Prozent.

Dabei leuchtet der großen Mehrheit das Subsidiaritätsprinzip grundsätzlich durchaus ein wie auch der Föderalismus als ein Wettbewerbsmodell, in dem unterschiedliche Konzepte erprobt werden. 68 Prozent wünschen sich einen regelmäßigen Vergleich der Leistungsbilanz der verschiedenen Bundesländer, sei es bei Bildung, innerer Sicherheit, Infrastruktur oder wirtschaftlicher Leistung, um so auch zu erkennen, welche Konzepte und Maßnahmen am besten funktionieren. Aber das ist nicht die Art, wie sich der Föderalismus in Deutschland oder in Europa den Bürgern präsentiert.

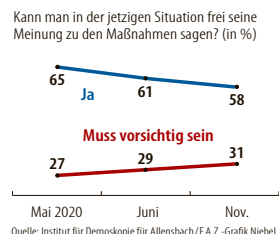
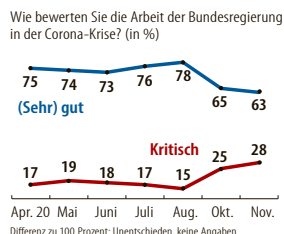
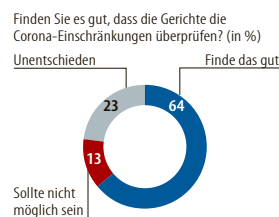
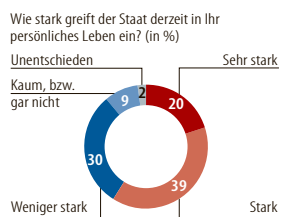
### Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweistimmen-Ergebnisse in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 1. bis 11. November, 1286 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Niebel

### Die Corona-Maßnahmen der Regierung



Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden, keine Angaben.

Quelle: Institut für Demoskopie für Allensbach/F.A.Z.-Grafik Niebel